156260-2026 - Wettbewerb

Deutschland – CNC-Drehmaschine – 2 Tandem-Unterflurradsatzdrehmaschinen
OJ S 46/2026 06/03/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Berliner Verkehrsbetriebe, Bereich Einkauf/ Materialwirtschaft
E-Mail: Einkauf.inf2@bvg.de
Tätigkeit des Auftraggebers: Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: 2 Tandem-Unterflurradsatzdrehmaschinen
Beschreibung: Lieferung, Montage, Inbetriebnahme, Probebetrieb und Endabnahme von 2 Tandem-Unterflurradsatzdrehmaschinen (URD) für die Betriebswerkstätten Friedrichsfelde und Britz-Süd
Kennung des Verfahrens: bb3a7533-fbf1-4a41-b1b2-d65226fb4499
Interne Kennung: INF2-0661-2025
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen
Haupteinstufung (cpv): 42621100 CNC-Drehmaschine
Zusätzliche Einstufung (cpv): 42621000 Drehmaschinen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin
Postleitzahl: 10179
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Der Auftraggeber (nachfolgend auch AG genannt) ist nach §100 Abs. 1 Nr. 1 GWB Sektorenauftraggeber und unterliegt dem GWB und der SektVO sowie dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG). Den Unterlagen zur Veröffentlichung liegt eine Datei mit allgemeinen Verfahrenshinweisen zum vorliegenden Vergabeverfahren (Allgemeine Verfahrenshinweise) bei. Die hierin enthaltenen Informationen beschreiben das Verfahren und die Besonderheiten, die zu beachten sind. Darüber hinaus stellt der AG eine Checkliste zur Verfügung, aus der die einzureichenden Unterlagen zusätzlich hervorgehen. 2. Durch diese Bekanntmachung wird der Teilnahmewettbewerb (TNW) begonnen, in dem sich die interessierten Unternehmen mit den in dieser Bekanntmachung angegebenen Angaben, Erklärungen u. Nachweisen um die Aufforderung zur Angebotsabgabe bewerben. Erst eine

erfolgreiche Bewerbung mit positiver Eignungsprüfung u. - bewertung durch den AG führt zur Aufforderung zur Angebotsabgabe. 3. Der AG weist darauf hin, dass allein der Inhalt, der im Supplement zum Amtsblatt der EU veröffentlichten Bekanntmachung maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht, wird und der Bekanntmachungstext dort nicht vollständig, unrichtig oder verändert wiedergegeben wird. 4. Sämtliche Unterlagen zu diesem Vergabeverfahren sind direkt, kostenfrei und ausschließlich per Download unter dem nachfolgend angegebenen Link (siehe "Auftragsunterlagen" unter der URL https://vergabekooperation.berlin, nachfolgend "Vergabeplattform" genannt) abrufbar. Auch alle weiteren Informationen wie Änderungen der Vergabeunterlagen oder sonstige verfahrensrelevante Informationen werden ebenfalls unter vorgenanntem Link zum Download zur Verfügung gestellt. Interessierten Unternehmen wird empfohlen, sich auf der Vergabeplattform unter der vorliegenden Vergabe zu registrieren, damit sie über Änderungen des Vergabeverfahrens benachrichtigt werden. Ohne entsprechende Registrierung erfolgt keine Benachrichtigung. 5. Bewerber-/Bieterfragen sind ausschließlich als Bewerber-/Bieternachrichten über die Vergabeplattform (unter vorgenanntem Link) einzureichen (nicht per E-Mail). Das betreffende Dokument und die Ziffer, auf die sich die Bewerber-/Bieterfrage bezieht, sind zu benennen. 6. Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die mind. 7 Kalendertage vor der in der Bekanntmachung genannten Frist zum Eingang der Teilnahmeanträge bzw. mind. 10 Kalendertage vor der in der Aufforderung zur Angebotsabgabe genannten Angebotsfrist an die bezeichnete Stelle (Beschaffer) unter Nutzung der Funktionalität der Vergabeplattform eingegangen sind. Mündliche Anfragen und Anfragen per E-Mail, Fax oder Post werden nicht beantwortet. Der AG behält sich vor, verspätete Fragen nicht zu beantworten. 7. Der AG wird etwaige Änderungen, zusätzliche Informationen (auch die Formulare) u. Beantwortung von Fragen von Bewerbern/Bietern zum TNW/Angebot sowie sonstige Klarstellungen, die das Vergabeverfahren betreffen, auf der Vergabeplattform veröffentlichen. 8. Die Bewerber/Bieter müssen, soweit nicht im Einzelfall auf dem betreffenden Formular explizit abweichend geregelt, die vom AG zur Verfügung gestellten Formulare verwenden, ausfüllen und durch die geforderten Angaben, Erklärungen abgeben und Nachweise ergänzen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/ Angebote ist nicht ausreichend. 9. Sofern ein Teilnahmeantrag durch eine Bewerbergemeinschaft erfolgt, ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft ausgefüllte Erklärung "Bewerber-/ Bietergemeinschaftserklärung" einzureichen, aus der sich die gesamtschuldnerische Haftung (Rechtsform) der Bewerbergemeinschaft im Zuschlagsfall, die Namen sämtlicher Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, ein bevollmächtigter Vertreter und die Absicht, sich im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, ergibt. 10. Bewerber/Bewerbergemeinschaften dürfen nur einen Teilnahmeantrag und ein Angebot einreichen. Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft dürfen zudem nicht zugleich als Einzelbewerber oder als Mitglied einer anderen Bewerbergemeinschaft am Verfahren teilnehmen. 11. Die unter "Bedingungen für die Einreichung eines Angebotes / Ausschlussgründe und Eignungskriterien" benannten Unterlagen sind bei Vorliegen einer Bewerbergemeinschaft von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft (nachfolgend auch "BewGe") in einem gesonderten Formular "Eigenerklärung zur Eignung" vorzulegen. 12. Zur Erfüllung von Mindestanforderungen an die unter der Rubrik "Bedingungen für die Einreichung eines Angebotes/Eignungskriterien" werden die Umsätze von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft gesamthaft ausgewertet und betrachtet. 13. Bewerbergemeinschaften haben darüber hinaus eine Erklärung folgenden Inhalts abzugeben: Sämtliche Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haben zu erklären, dass die Bildung der Bewerbergemeinschaft keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt. Darüber hinaus ist von jedem Mitglied der BewGe zu erklären, inwiefern für das jeweilige beteiligte Unternehmen wirtschaftlich zweckmäßige und kaufmännische Gründe vorliegen, sich nicht allein um die Auftragsvergabe zu bewerben. Der

AG stellt hierzu ein Formblatt "Bewerber-/Bietergemeinschaften" zur Verfügung. Es kann auf Anlagen verwiesen werden. 14. Mit der Benennung der Referenzen stimmt der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft der Kontaktaufnahme durch den AG zu den jeweiligen Referenzgebern zu. 15. Wenn sich ein Bewerber oder ein Mitglied einer Bewerbergemeinschaft für die Eignung auf die Fähigkeiten eines anderen Unternehmens stützen möchte (eines Nachunternehmers, eines Dritten oder eines verbundenen Konzernunternehmens (sogenannte Eignungsleihe)), dann müssen für dieses eignungsleihgebende Unternehmen zusätzlich folgende Unterlagen eingereicht werden: 'Verpflichtungserklärung Eignungsleihe' - insoweit auf dessen Leistungsfähigkeit Bezug genommen wird. Hierin muss das eignungsleihgebende Unternehmen auch erklären, dass es dem Bewerber im Auftragsfalle die entsprechenden Kapazitäten und ggf. die betreffenden Fähigkeiten höchstpersönlich tatsächlich zur Verfügung stellt. 16. Bei einer Bezugnahme auf Kapazitäten eines anderen (eignungsleihgebenden) Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit ist durch dieses zusätzlich zu bestätigen, dass es mit dem Bewerber im Auftragsfall gemeinsam für die Auftragsdurchführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe haftet. 17. Beabsichtigt der Bewerber, im Hinblick auf vorzulegende Nachweise/Angaben/Erklärungen für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- oder Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung (Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen, so ist durch dieses zu bestätigen, dass es die Leistungen als Unterauftragnehmer im Auftragsfall erbringen wird, für die diese Kapazitäten benötigt werden. 18. Sofern zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen Unterauftragnehmer/ Nachunternehmer vorgesehen sind, ist das Formblatt "Unterauftrag-/ Nachunternehmerleistung" einzureichen. 19. Der Teilnahmeantrag muss fristgemäß, also vor Ablauf der Teilnahmefrist (s. Angaben zur Einreichung) über die Vergabeplattform in Textform eingereicht werden. 20. Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen: a.) Eigenerklärung, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich oder rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist. 21. Die geeigneten Bewerber werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. 22. Der AG behält sich vor, den Zuschlag auf das Erstangebot zu erteilen. 23. Mögliche Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich in der Zeit vom 15.06.2026 bis 10.08.2026 statt. 24. Der AG behält sich vor, im Rahmen der Verhandlungen über alle Inhalte, insbesondere auch der Leistungsbeschreibung sowie des Vertragsentwurfs zu verhandeln. Nach Abschluss der Verhandlungen werden den Bietern mögliche Änderungen mitgeteilt und diese aufgefordert überarbeitete verbindliche Angebote abzugeben. 25. Datenschutz: Der Bewerber/Bieter hat die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer geltender Gesetze zum Schutz personenbezogener Daten einzuhalten. Für die Übermittlung personenbezogener Daten an den AG trägt der Bewerber/Bieter die datenschutzrechtliche Verantwortung und hat entsprechend der Rechtmäßigkeit sicherzustellen (z. B. durch Einholung von Einwilligungen bei Angaben natürlicher Personen).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Weitere Ausschlussgründe: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB. Unternehmen müssen das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe durch Eigenerklärung (Formular: "Eigenerklärung zur Eignung") nachweisen. Die nachstehenden Angaben

/Erklärungen/Nachweise sind von den Bewerber (der Begriff Bewerber wird als Synonym auch für Bewerbergemeinschaften verwendet) bzw. von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie von allen für die Leistungserbringung vorgesehenen Nachunternehmern (NU) /Unterauftragnehmern und eignungsleihgebenden Unternehmen vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend. Ausländischen Bewerbern wird die Vorlage vergleichbarer Nachweise gestattet. Soweit Eigenerklärungen verlangt werden, hat der Bewerber auf Verlangen weitere Nachweise vorzulegen. 1. Bezeichnung des Bewerberunternehmens mit Firmennamen und Anschrift. 2. Eigenerklärung dazu, dass keiner der in §§ 123, 124 GWB in der aktuellen Fassung aufgelisteten Ausschlussgründe vorliegt. 3. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 21 Abs. 1 AEntG nicht vorliegen. 4. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 98c AufenthG nicht vorliegen, 5. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 21 Abs. 1 SchwarzArbG nicht vorliegen. 6. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 19 Abs. 1 MiloG nicht vorliegen. 7. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 22 LkSG nicht vorliegen 8. Eigenerklärung, dass keine Eintragung im Wettbewerbsregister gemäß Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) vorliegt. 9. Erklärung zum Unternehmen (gem. §10a SektVO in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 2, Artikel 2 Nr. 4 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1780). 10. Eigenerklärung zur Umsetzung der EU- Sanktionsmaßnahmen gegen Russland. Hierfür ist das entsprechende Formblatt ("Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k") zu verwenden und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Siehe insoweit auch nachfolgend "Bedingungen für die Einreichung eines Angebots / Eignungskriterien".

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: 2 Tandem-Unterflurradsatzdrehmaschinen
Beschreibung: Für die Berliner U-Bahn sollen an den Standorten Britz-Süd und Friedrichsfelde jeweils eine baugleiche CNC-gesteuerte Tandem-Unterflur-Radsatz-Drehmaschine beschafft werden. Gegenstand der Vergabe sind Fertigung, Lieferung, Montage, Inbetriebnahme, Schulung, Probebetrieb sowie Endabnahme der Maschinen einschließlich aller funktionsnotwendigen Nebenanlagen und Peripheriesysteme. Die Maschinen sind zur Vermessung und Bearbeitung von Radsätzen der Berliner U-Bahn in Regelspur (1.435 mm) gemäß den Technischen Regeln Spurführung (TRSp, Betriebssystem "E") auszulegen. Sie müssen insbesondere die Bearbeitung unterschiedlicher Radsatzkonfigurationen im eingebauten Zustand, in Drehgestellen sowie als Einzelradsatz ermöglichen und ein automatisches Vermessen, Reprofilieren sowie die regelkonforme Dokumentation der Bearbeitung gewährleisten. Zum Leistungsumfang gehören außerdem u. a.: - geeignete Mess- und Dokumentationssysteme einschließlich elektronischer Protokollierung, - erforderliche Absaug-, Entsorgungs- und Hydrauliksysteme, - Schnittstellen zur Datenübertragung und Fernwartung, - CE-konforme Ausführung entsprechend dem Stand der Technik. Der primär zu bearbeitende Messkreisdurchmesserbereich liegt etwa zwischen 350 mm und 900 mm; die maximale Achslast beträgt ca. 180 kN. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen
Haupteinstufung (cpv): 42621100 CNC-Drehmaschine
Zusätzliche Einstufung (cpv): 42621000 Drehmaschinen
Optionen:

Beschreibung der Optionen: Optionaler Wartungsvertrag für zunächst 36 Monate, mit Verlängerungsoption bis zu zweimal um jeweils 30 Monate. Maximale Gesamtlaufzeit 96 Monate.

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 28/10/2026
Enddatum der Laufzeit: 08/12/2029

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#Mit dem Teilnahmeantrag /Angebot ist klar anzugeben, welche Teile Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthalten. Diese Teile sind bitte deutlich zu kennzeichnen und zu begründen, warum sie als vertraulich behandelt werden müssen. Bewerber/Bieter, die ihren Sitz in einem Drittstaat haben, also einem Land, das kein Mitglied der Europäischen Union ist und mit dem die Europäische Union keine internationale Übereinkunft zum gegenseitigen Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt geschlossen hat, haben keinen Anspruch auf Einhaltung der Vergabegrundsätze wie insbesondere Transparenz und Gleichbehandlung, und auf Einhaltung von die Vergabegrundsätze konkretisierenden Regelungen. Insbesondere werden sie nicht nach § 134 GWB benachrichtigt. Auf die Regelungen des § 55 SektVO wird hingewiesen. Der AG behält sich vor, bei Lieferaufträgen Angebote gem. § 55 Abs. 1 SektVO zurückzuweisen, bei denen der Warenanteil zu mehr als 50 % des Gesamtwerts aus Ländern stammt, die nicht Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftraum sind und mit denen auch keine Vereinbarungen über gegenseitigen Marktzugang besteht (sog. "Drittstaaten"). Der AG behält sich vor, zu diesem Zweck und zur Einhaltung seiner Pflicht nach § 55 Abs. 2 SektVO die Herkunft der Waren entsprechend abzufragen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung
Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz
Beschreibung des Eignungskriteriums: Vom Bewerber wird verlangt, dass er in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einen durchschnittlichen jährlichen Gesamtumsatz von mindestens 2.500.000 EUR netto erzielt hat. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar. Bei Bewerber- oder Bietergemeinschaften werden die Umsätze der Mitglieder addiert. Die Angaben hierzu sind in der Eigenerklärung zur Eignung vorzunehmen.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz
Beschreibung des Eignungskriteriums: Vom Bewerber wird verlangt, dass er in den letzten drei Jahren vor Ablauf der Teilnahmefrist einen Umsatz von mindestens 1.000.000 EUR netto je Referenz erzielt hat, bezogen auf Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar

sind. Als vergleichbare Leistungen gelten insbesondere Projekte, die die Entwicklung, Fertigung, Lieferung, Montage, Inbetriebnahme, Probebetrieb und Endabnahme von Unterflur-Radsatzdrehmaschinen (URD) in Single- oder Tandem-Ausführung umfassen. Zusätzlich müssen die Referenzprojekte mindestens eines der folgenden Merkmale aufweisen: - Integration in bestehende Infrastruktur oder Hallenneubauten - Automatisierte Messsysteme zur Vermessung und Reprofilierung von Radsätzen im eingebauten Zustand (CNC-gesteuert, nach DIN EN 13715 / DIN 27201-9 oder gleichwertig) - Automatisierte Datenprotokollierung, Schnittstellenanbindung (z. B. OPC-UA), Fernwartungszugang und sicherheitsrelevante Peripherie Der Bewerber hat hierzu mindestens zwei abgeschlossene Unternehmensreferenzen anzugeben, deren Endabnahme innerhalb der letzten drei Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist liegt. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar. Bei Bewerber- oder Bietergemeinschaften werden die Umsätze der Mitglieder addiert. Der Nachweis erfolgt durch entsprechende Angaben in der "Eigenerklärung zur Eignung", Abschnitt 3.1 Unternehmensreferenzen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Vom Bewerber wird verlangt, dass er mindestens zwei abgeschlossene Unternehmensreferenzen über Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind, vorlegt. Maßgeblich ist, dass die Endabnahme der jeweiligen Referenz innerhalb der letzten drei Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt ist. Als vergleichbare Leistungen gelten insbesondere Projekte, die die Entwicklung, Fertigung, Lieferung, Montage, Inbetriebnahme, Probebetrieb und Endabnahme von Unterflur-Radsatzdrehmaschinen (URD) in Single- oder Tandem-Ausführung umfassen und ein Auftragsvolumen von mindestens 1.000.000 € netto je Referenz aufweisen. Die Angaben sind in der "Eigenerklärung zur Eignung" im Abschnitt 3.1 Unternehmensreferenzen vorzunehmen und müssen folgende Informationen enthalten: - Referenzbezeichnung und Auftraggeber (mit Kontaktdaten), - Leistungszeitraum (von/bis), - Auftragsvolumen (netto), - Datum der Endabnahme / Projektabschluss, - Kurzbeschreibung des Leistungsumfanges. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Vom Bewerber wird verlangt, dass er mindestens eine abgeschlossene Unternehmensreferenzen über Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind, vorlegt. Maßgeblich ist, dass die Endabnahme der jeweiligen Referenz innerhalb der letzten drei Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt ist. Als vergleichbare Leistungen gelten insbesondere Projekte, die folgende Merkmale aufweisen: - mindestens ein Projekt, bei dem eine Unterflur-Radsatzdrehmaschine in Single-Ausführung - alternativ auch in Tandem-Ausführung - bei einer Gleichstrombahn isoliert zur Gebäudeerde aufgestellt wurde (Nachweis z. B. durch Aufstellungs- und Elektropläne, Erdungsplan, Trenntransformatorschaltung oder vergleichbare Unterlagen). Die Angaben sind in der "Eigenerklärung zur Eignung" im Abschnitt 3.1 Unternehmensreferenzen vorzunehmen und müssen folgende Informationen enthalten: - Referenzbezeichnung und Auftraggeber (mit Kontaktdaten), - Leistungszeitraum (von/bis), - Auftragsvolumen (netto), - Datum der Endabnahme / Projektabschluss, - Kurzbeschreibung des Leistungsumfanges. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft
Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber hat anzugeben, über wie viele Mitarbeiter er in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jeweils durchschnittlich verfügt hat. Die Angaben sind in der "Eigenerklärung zur Eignung", Abschnitt 3.2 "Erklärung

zur Anzahl der Mitarbeiter", vorzunehmen und gelten als Pflichtangaben. Es ist für jedes der drei Geschäftsjahre die jeweilige durchschnittliche Gesamtanzahl der Beschäftigten anzugeben.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber hat nachzuweisen, dass im Falle der Zuschlagserteilung ein deutschsprachiger Service für den Auftraggeber verfügbar ist. Bei ausländischen Bietern ist mindestens ein Servicemitarbeiter mit Sprachkenntnissen auf dem Niveau B2 (selbständige Sprachverwendung einschließlich technischer Fachdiskussionen) bereitzustellen. Der entsprechende Nachweis (z. B. gültiges Sprachzertifikat eines fest angestellten Servicemitarbeiters) ist im Rahmen der Angebotsabgabe vorzulegen. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar.

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards
Beschreibung des Eignungskriteriums: Vom Bewerber wird der Nachweis folgender gültiger Zertifikate verlangt: • DIN EN ISO 9001 - Qualitätsmanagementsystem • DIN EN ISO 14001 - Umweltmanagementsystem Im Falle der Nichtverfügbarkeit der geforderten Zertifikate für DIN EN ISO 9001 und DIN EN ISO 14001 werden gleichwertige Zertifizierungen oder Nachweise akzeptiert, sofern diese auf international anerkannten Qualitäts-, Umwelt- oder Herstellungsstandards basieren und den genannten Normen in Inhalt und Wirkung entsprechen. Als gleichwertig gelten insbesondere Nachweise, die • ein wirksames Qualitätsmanagementsystem gemäß den Grundsätzen der DIN EN ISO 9001 gewährleisten, • Maßnahmen zur Minimierung von Umweltauswirkungen sowie zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung gemäß den Grundsätzen der DIN EN ISO 14001 enthalten, Der Nachweis erfolgt über die "Eigenerklärung zur Eignung", Abschnitt 3.4 "Zertifikate und Unternehmensqualifikation". Diese Anforderungen stellen verbindliche Mindestanforderungen dar.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung
Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber erklärt, dass zum Zeitpunkt des Teilnahmewettbewerbs eine Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 10.000.000 € besteht, die alle Risiken des zu schließenden Vertrages abdeckt. Diese Anforderung stellt eine verbindliche Mindestanforderung dar. Auf Anforderung des Auftraggebers ist eine Versicherungsbestätigung oder Policenabschrift vorzulegen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:
Art: Qualität
Bezeichnung: Messsystem / Maschinenkonstruktion
Beschreibung: Bewertung der technischen Ausführung der Maschine insbesondere hinsichtlich Messsystem, Messgenauigkeit, konstruktiver Ausführung wesentlicher Maschinenkomponenten sowie technischer Leistungsparameter. Details gemäß Vergabeunterlagen.
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:
Art: Qualität
Bezeichnung: Elektrik und Steuerung

Beschreibung: Bewertung der elektrischen Ausrüstung, Steuerungsfunktionen, Automatisierungsgrad, Bedienunterstützung, Schnittstellen sowie Effizienz von Mess- und Bearbeitungsprozessen. Details gemäß Vergabeunterlagen.
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 10
Kriterium:
Art: Preis
Bezeichnung: Preis
Beschreibung: Bewertung des Angebotspreises bestehend aus Beschaffungskosten (80 %) und Instandhaltungskosten (20 %).
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 50

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://vergabekooperation.berlin/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19ac585f560-22c850fd7948aaf6

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:
Elektronische Einreichung: Zulässig
Adresse für die Einreichung: https://vergabekooperation.berlin
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 20/03/2026 12:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: Der AG behält sich nach § 51 Abs. 2 und Abs. 3 SektVO unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung vor, die Bieter /Bietergemeinschaften aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen oder sonstige Nachweise nachzureichen. Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb beeinträchtigen. Der AG wird anschließend die vollständigen und fristgerecht eingegangenen Unterlagen inhaltlich prüfen. Die Nichterfüllung der Mindestanforderungen führt in jedem Fall zum Ausschluss.
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der AN hat gem. Frauenförderverordnung während des Auftrags Maßnahmen zur Frauenförderung durchzuführen oder einzuleiten. Hierzu hat der Bieter mit der Angebotsabgabe eine Erklärung zur Frauenförderung i. S. d. Frauenförderverordnung abzugeben. Der AG stellt hierzu ein Formular "Frauenförderbogen"

zur Verfügung. Darüber hinaus hat der AN die Vorgaben nach dem BerlAVG einzuhalten, insbesondere einen für den Auftrag eingesetzten Arbeitnehmer*innen während der Ausführung dieses Auftrags den vergaberechtlichen Mindestlohn des Landes Berlin und/oder tarifvertraglichen Entgelte zu zahlen. Der AN hat die im Supplier Code of Conduct niedergelegten menschenrechtsbezogenen und umweltbezogenen Erwartungen bei der Ausführung des vertragsgegenständlichen Auftrags einzuhalten und diese Erwartungen entsprechend entlang der Lieferkette des vertragsgegenständlichen Auftrags angemessen zu adressieren.
Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: gesamtschuldnerisch haftend
Finanzielle Vereinbarung: siehe Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:
Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin
Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Berliner Verkehrsbetriebe, Bereich Einkauf/ Materialwirtschaft

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Berliner Verkehrsbetriebe, Bereich Einkauf/ Materialwirtschaft
Registrierungsnummer: 0204:11-2000016000-38
Postanschrift: Holzmarktstraße 15-17

Stadt: Berlin
Postleitzahl: 10179
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)
Land: Deutschland
E-Mail: Einkauf.inf2@bvg.de
Telefon: +493025628962
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin
Registrierungsnummer: 11-1300000V00-74
Postanschrift: Martin- Luther- Str. 105
Stadt: Berlin
Postleitzahl: 10825
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@senweb.berlin.de
Telefon: +49 30-9013-8316
Fax: +49 30-9013-7613
Internetadresse: https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: 2625f2fb-92b1-4d2f-a8e0-5a1b404b8f22-01
Hauptgrund für die Änderung: Aktualisierte Informationen
Beschreibung: Die Teilnahmefrist wurde wurde um eine Woche auf den 20.03.2026 verlängert.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 330b3ed2-4a7c-493d-b31b-14c8ebaeb43f - 01

Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 17
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/03/2026 17:17:47 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 156260-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 46/2026
Datum der Veröffentlichung: 06/03/2026